Donnerstag, den 7. April 1921. I. Jahrgang. — Nr. 30

Oberschlesischer Wegweiser

für die Kreise Ratibor, Kosel und Leobschütz.

Bezugspreis: Vierteljährlich 12 Mk., monatlich 4 Mk. frei Haus inkl. wöchentlich erscheinender Unterhaltungsbeilage durch die Post. Einzelnummer 30 Pfg.

Herausgeber: Anton Roftek, Ratibor. Geschäftsstelle u. Redaktion: Ratibor, Gr. Vorstadtstr. 38. Fernruf: Amt Ratibor 854.

Erscheint täglich mit Ausnahme des Sonntags und der hohen Festtage. — Einrückungsgebühr: die 8-gespalt. Kleinzeile oder deren Raum 1 Mk. für Anzeigen von außerhalb 1,10 Mk. — Anzeigen im Reklameteil aus dem Industriebezirk die Zeile 3.— Mk., für auswärts 3,50 Mk.

Die deutschen Plebiszitmachinationen im Kreise Ratibor.

Tworkau. Vor und während der Abstimmung übten hier deutsche Stoßtruppler, die für 75 Mk. pro Tag engagiert waren, unbegrenzten Terror aus. Die Namen einiger Banditen sind: M. Zajonz, A. Zajonz, J. Bielas, Koterba, K. und J. Pientka, J. Drobny, Kubik, A. Seidel und Gebr. Bobrowski. Alles polnische Leute, die unsere „Wohltäter" für seinen Mammon gegen die eigenen Brüder hetzen. Pfui über sie und dreimal pfui über die deutschen Kulturträger. An der Spitze jener Bande stand der berüchtigte Polenfresser. Landjäger Just.

Während der Abstimmung bedrohten die Stoßtruppler die Stimmberechtigten, für den Fall, daß sie nicht für Deutschland stimmten. Vor allen drei Wahllokalen standen ihre Posten und versuchten einen jeden Wählenden mit Schmeichelei oder Drohungen zur Abgabe des deutschen Stimmzettels zu bewegen. Dabei betätigte sich besonders eifrig der Lehrer Poremba, der seit Januar d. J. zwecks Agitation beurlaubt ist, und trotz des Agitationsverbotes für Lehrer bis zur letzten Stunde propagierte.

Eine Woche vor der Abstimmung schickte der „Deutsche Frauenverein" eine Fuhre Leinwand, Anzüge, Bettwäsche etc. nach Tworkau. Poremba erhielt eine große Geldsumme zwecks Bestechung Stimmberechtigter. Das Geld und die Waren verteilten Poremba, seine Frau, Frau Just und ihre Tochter. Just fragte bei den Leuten herum, ob sie schon Gratifikationen erhalten hätten. Nachweislich 15 Personen erhielten Geld (100 Mk.) und Waren. Der armen Rentenempfängerin K. wurde dabei eingeschärft, daß sie die Rente verlieren würde, wenn sie nicht für Deutschland stimmte. Der Kriegsinvalide J. K. empfing von Ulitzka's Gnaden 300 Mk. Der Güterdirektor Pfiterer erklärte sich bereit, den Unbemittelten Häuser für 60 000 Mk. zu bauen, natürlich nur dann, wenn sie deutsche Stimmzettel abgeben. In der letzten Abstimmungswoche ließ er Ziegel herbeischaffen, um den Leuten zu zeigen, daß mit dem Bauen schon begonnen werde. Die Ziegelsteine liegen natürlich bis heute noch da zum Aerger für die Dummen, die auf diesen Schwindel reingefallen sind.

Die 274 Emigranten entwickelten eine solch eifrige Propaganda für Deutschland, daß viele Leute ihrem Druck erlagen und deutsch wählten.

Im Wallokal 1 drückte der Besitzer E. Krzykala der 84-jährigen Frau Krzykala den deutschen Wahlzettel in die Hand mit der Bemerkung, es sei der polnische und sie sollte den ins Kuvert stecken. Auf diese Weise sucht das deutsche Mitglied des Wahlkommitees Poremba den 86-jährigen Michna zu hintergehen.

In der Zigarrenfabrik von Otto Deter wurden vor der Wahl die Arbeiter geschreckt mit der Lüge, daß, wenn Tworkau zu Polen kommt, die Fabrik sofort geschlossen werde.

In den letzten Tagen vor der Abstimmung verbreiteten die deutschen Agitatoren massenhaft eine Broschüre „Oberschlesien und der Katholizismus in Polen", die wahrscheinlich von dem bekannten Lügenpeter Nieborowski stammt. In der Schrift wird den Oberschlesiern sogar ein oberschlesischer Kirchenstaat unter dem Präsidium des Herrn Pfarrer Ulitzka in mögliche Aussicht gestellt. In Tworkau wurde die Broschüre durch Lehrer Poremba kolportiert, der sich zu diesem Zwecke Schulkinder bediente. Wir fragen im Interesse der Kirche und der öffentlichen Ordnung: „Darf eine religiöse Broschüre ohne kirchliche Approbation als Agitationsmittel verbreitet werden, darf sich mit der Kolportage einer Agitationsschrift ein Lehrer befassen und darf er damit Schulkinder beschäftigen?

Mit solchen Gaunermitteln wurde die „deutsche" Mehrheit in einem ganz polnischen Dorf zustande gebracht. Die Gerechtigkeit kann eine solche Wahl nicht als gültig ansehen.

In **Slawikau** hat der Vorsitzende der dortigen Heimattreuen, Vinzent Blara am 16. März einem Polnisch-gesinnten aus Slawikau 500 Mark angeboten, wenn er für Deutschland stimmen würde.

Am Wahltage hat dortselbst der Hauptlehrer Breitkopf einer alten Frau vor der Tür des Wahllokals einen deutschen Wahlzettel in die Hand gedrückt, mit dem Bemerken, sie solle den Zettel in die Urne legen, obwohl doch jede Agitation vor dem Wahllokal verboten war.

Bezeichnende Beiträge zur deutschen Kultur hat auch die Baronin von Hochstädt geliefert. Sie hat vor der Abstimmung an die Ortsarmen von Slawikau zu 100 und 40 Mk. gezahlt unter der ausdrücklichen Bedingung, daß die Empfänger des Geldes für Deutschland stimmen müßten. Auch drohte sie einer Frau, die bei ihr in Diensten steht und im Dominium wohnt, sie aus der Wohnung zu jagen, wenn sie für Polen stimmen würde.

Bewaffneter deutscher Terror im Kreise Ratibor.

Slawikau. In der Nacht vom 1. auf den 2. April l. J. wurde gegen das Schlafgemach des Herrn V. Plana, polnischen Mitgliedes des paritätischen Ausschusses, ein Handgranatenattentat verübt. Die Fensterscheiben wurden zertrümmert und einige Sprengstücke fielen ins Zimmer. Wie durch ein Wunder entgingen die Insassen des Zimmers einem Schaden. Als der Tat verdächtig erscheint ein Stoßtruppler der hiesigen „Heimatstreuen", die zumeist Arbeiter im hiesigen Gutsbezirke sind. Diese „Heimatstreuen" belästigen täglich die polnisch gesinnten Einwohner mit Drohungen. Werfen von Steinen usw., Handgranatenübungen und Revolverschießen, scheinen zu dem täglichen Sport der hiesigen „Heimatstreuen" zu gehören.

Ostrog. Ein hiesiger guter Pole erhielt folgenden Drohbrief: Mach Dich dünne, Du Hund, Deine Tage sind gezählt. Für jeden Deutschen, der in Kattowitz verdroschen wird, muß hier ein Pole dran glauben.

Scharbzin. Den 22. März erschien der Landjäger Rudolf aus Makau mit drei Apo-Beamten in der Wohnung des Polen Kwasny und verhaftete dessen Sohn Joseph ohne Befehl und Grund.

Pawlau. Der hiesige Gutsbesitzer Doms, ein früherer deutscher Offizier organisiert hier eine Stoßtrupplerbande unter den Namen 2. Kompagnie 3. Schützenregiment. Der Gutsinspektor und Amtsvorsteher Nitzke ist besonders tätig an ihrer Bewaffnung. Die Stoßtruppler arbeiten so frech, daß sie polnischgesinnte Leute auf offener Straße anhalten und nach Waffen untersuchen. Die Aufgabe der Bande ist Terrorisierung der polnischen Bevölkerung. Vor der Abstimmung äußerten sich ihre Mitglieder, daß sie sich besonders derer „annehmen" werden, die ihre Stimmen für Polen abgeben. Ihre drohende Stärke will die Bande durch häufiges Feuern zeigen.

Das wahre deutsche Gesicht gegenüber den polnischen Oberschlesiern.

Die Ulitzka und Urbaneks haben die Naivität besessen, kurz vor der Abstimmung eine Amnestieerklärung für die „großpolnischen (!!?) Oberschlesier" abzugeben. Natürlich glaubte kein vernünftiger Mensch an den Agitationstrick, um so weniger, als die wahre Gesinnung der deutschen Oberschlesier gegen die polnischen Landsleute aus alltäglichen Bedrohungen und Terrorakten nur zu gut bekannt ist.

Hier geben wir das Protokoll zweier polnischer Emigranten aus Botropp wieder, das uns einen kleinen Begriff gibt von der deutschen „Liebe" zu den polnischen Oberschlesiern

„Nach der Abstimmung kehrten wir am 30. 3. nach Botropp zurück. Schon in Breslau belästigte man uns mit den Worten: „Ihr verfluchten Polen, ihr sollt es spüren". In Hoyerswerda wurde unser Fahrgenosse J. M., gebürtig aus Brzezie, Kreis Ratibor, aus dem Zuge hinausgeworfen, schwer mißhandelt, mit Füßen getreten und bespieen. Dann wurde er in den Straßengraben am Bahnhof geschleppt und dort weiter geschlagen, bis er bewußtlos liegen blieb. Hierauf wurden weitere zwei Fahrgäste aus dem Zuge herausgeholt und von den „Heimattreuen" mißhandelt. Im Zuge revidierte man unsere Pässe. In Anbetracht der hohen Nummern sagte der Revisor: „Ihr seid alle verfluchte Polaken". Darauf wurden wir gleich aus dem Zug hinausgeworfen. Man stieß uns mit den Füßen, schlug uns mit Stöcken und anderen Gegenständen und alles schrie: „Ermorden diese Korfanty-Brüder, ihr seid nicht wert, daß euch der deutsche Boden trägt. (na also!). Wir wurden in einen Schuppen am Bahnhof gebracht. Dorthin kamen die Beamten und spuckten uns ins Gesicht. Dann befahl man, uns vom Blut reinzuwaschen und schickte uns mit dem nächsten Transport nach Magdeburg. Einer von den Verletzten bat einen Beamten um etwas Wasser, da er fast ohnmächtig war. Einer vom Publikum brachte einen Eimer Wasser und mit den Worten „Hier habt ihr Wasser" begoß er alle damit. Einem Verletzten wurden Papiere und 7000 Mark gestohlen. Auf der Fahrt bis Magdeburg wiederholten sich die übelsten Belästigungen fast auf jeder Station.

Unterschriften: J. K. F. J.

Deutschland ist durchschaut.

Eine Rede Briands.

Deutschland muß nun endlich einsehen, daß sein Spiel mit den Alliierten verloren ist. Nachdem Amerika endgültig sich in der Reparationsfrage unzweideutig auf die Seite der Entente gestellt hat, läßt nunmehr Briand in seiner letzten Senatsrede keinen Zweifel mehr an der Entschlossenheit der Entente den Friedensvertrag voll zur Geltung zu bringen. Wir führen nachstehend die Rede Briands nach der Neuen Pr. Zeitung an. Briand begann seine Rede mit der Erklärung, daß das Problem, dessen Lösung vom ganzen Lande mit Spannung erwartet worden sei, und das ganze Volk mit angstvollem Gefühl erfüllt hat, die Lage Frankreichs gegenüber Deutschland sei.

Briand ist überzeugt, daß Frankreich sich seinem Ziele nähere und daß die Stunde kommt, wo Frankreich in der Lage sein wird, den Weg der Verwirklichung zu schreiten und betont, daß Deutschland den Versuch unternommen hat, die Gegensätze zu vertiefen. Die Alliierten hatten dieses Manöver durchschaut und haben seit der Pariser Konferenz die Notwendigkeit ihrer Einigkeit klar begründet.

Er erwähnt dann die Londoner Verhandlungen und sucht zu beweisen, daß Deutschland lächerliche Vorschläge gemacht habe. Je länger der deutsche Außenminister seine Rede an die Konferenz hinzog, um so deutlicher konnte man sehen, wie sich auf den Zügen unserer Freunde Enttäuschung und Zorn spiegelte. Der deutsche Vorschlag hat unsere Entrüstung hervorgerufen. Auf welche vornehme Weise Lloyd George geantwortet habe, ist ja bekannt. Er hat mit der ganzen Loyalität des englischen Volkes gesprochen und den Verlauf des ganzen Krieges nochmals erwähnt, und dabei die Sache Frankreichs vorteilhaft vertreten.

Briand bespricht dann die auf den Abbruch der Verhandlungen folgenden Verhältnisse, die die Besetzung Düsseldorfs, Duisburg und Ruhrort zur Folge hatten.

Er führt dann weiter aus: „Das Abkommen von London ist nicht zur Verwirklichung gekommen, daher tritt der Friedensvertrag in Kraft. Die Maßnahmen, die die Alliierten beschlossen haben, werden unverzüglich in Kraft treten. Eine kurze Verzögerung ist unumgänglich, da wir die Bedingungen für die Zollgrenze zwischen dem Rhein und dem übrigen Deutschland festsetzen mußten. Außerdem hatten wir auch Tarif- und Personenfragen zu regeln.

Nach dem 1. Mai wird Deutschland keine Verzögerung herbeiführen können, es wird juridisch der Beweis erbracht werden, daß durch die Abrüstung und Bestrafung ein rechtlicher Standpunkt vertreten werde und damit sei alles gelöst.

Wenn die Fahrlässigkeit des Schuldners nachgewiesen ist, hat der Gläubiger das Recht, alle Zwangsmaßnahmen durchzuführen. In London hat Deutschland sich des Friedensvertrages bedient. Sobald der Zeitpunkt herangekommen sein wird, werden wir das gemeine Recht in Anwendung bringen. „Versucht Deutschland sich noch einmal seinen Verpflichtungen zu entziehen — ich sage dies mit erhobener Stimme — so wird eine starke Hand auf es herniedersausen!" (Stürmischer Beifall).

Aus Westfalen.

Das Los der in Westfalen befindlichen polnischen Arbeiter war niemals beneidenswert, in den letzten Wochen ist es zu einer einzigen Leidensgeschichte geworden. Besonders seit der Abstimmung in Oberschlesien hat sich das Leben unserer Landsleute in Westfalen schier unerträglich gestaltet.

Viele von ihnen haben ebenfalls an der Abstimmung teilgenommen und haben ihre Treue für das alte Volkstum mit dem Wahlzettel bewiesen. Mit ihnen aber haben tausende jener gekauften und bestochenen sogenannten „Heimattreuen" an der Abstimmung in Oberschlesien teilgenommen und diese sind nun voller Wut darüber, daß es ihnen nicht gelungen ist, das polnische Element in Oberschlesien niederzudrücken. Nach ihrer Rückkehr aus Oberschlesien haben diese Heimattreuen ihre ganze Wut an der unglücklichen polnischen Auswandererbevölkerung ausgelassen. Bei jeder Gelegenheit fallen diese Banden, die wohlorganisiert sind und sich der Zuneigung der preußischen Behörden erfreuen, über die Arbeiter und ihre Frauen, ja selbst Kinder her.

In den letzten Tagen sind uns folgende Einzelmeldungen darüber zugegangen:

Herten. Am 24. März stürmte eine solche Bande die dortigen Lokale, in denen die polnischen Vereine ihre Tagungen abhalten und zerstörten die dort hängenden Bilder und Vereinsabzeichen. Der Vorsitzende des Komitees der polnischen Vereinigungen wurde zu Boden getrampelt und mit Messern bedroht. Ein anderer Pole wurde geschlagen und ihm der Tod angedroht, wenn er noch weiter polnischen Unterricht an die polnischen Kinder erteilen würde. Vor dem Hause eines gewissen F. versammelte sich eines Nachts ein wüster Haufen, der Drohungen ausstieß. Man rief: „Komm heraus, du polnischer Halunke, wir schneiden dir den Hals ab." Noch verschiedene andere Mitbürger wurden auf diese Weise terrorisiert.

Bottrop—Boy. Die hiesigen Polen schweben in großer Angst, denn sie werden ständig von deutschen Stoßtruppbanden bedroht. Am Donnerstag, den 27. März, fielen mehrere Banditen über die Arbeiter Ignatz C., Kasimir K., Stefan K., Julianna B., Anastasia Z. Hierbei wurden diese in wüster Weise beschimpft und mehreren von ihnen wurden Bombenattentate in Aussicht gestellt. Einer Frau Z. sagte man, daß ihr Mann bei seiner Heimkehr aus Oberschlesien getötet werden würde, weil er für Polen gestimmt habe. — Die polnischen Emigranten, die aus Bottrop zur Volksabstimmung nach Oberschlesien gefahren sind, klagen über die unerhörten Belästigungen, denen sie während der Fahrt ausgesetzt waren. Man habe sie auf den Stationen bedroht, geschlagen und habe sie mit Gewalt aus den Abteilen entfernen wollen. Nur mit großer Mühe sind sie wieder zu ihren Familien gekommen. Auch bei der Arbeit in den westfälischen Gruben sind sie bei jeder Gelegenheit deutschen Angriffen ausgesetzt.

Mengede b. Dortmund. Auch das Leben in M. hat sich seit einigen Tagen zu einer einzigen Leidensgeschichte gestaltet. Nach der Rückkehr der Heimattreuen darf kein Pole sich mehr auf den Straßen zeigen. Es kommt fast immer zu Beschimpfungen und sehr oft zu tätlichen Angriffen. Selbst in den Läden beschimpft man unsere Landsleute. Am ersten Feiertag wurde ein Arbeiter in unmenschlicher Weise mißhandelt, so daß er in ein Lazarett gebracht werden mußte. In der Nacht zum 2. Feiertag fiel eine größere Bande über die Wohnung eines Polen her, wobei alle Scheiben zerschlagen wurden. Dem Bewohner wurde angedroht, daß er bis zum 28. März den Ort verlassen müsse, widrigenfalls er getötet werde. Noch eine andere Wohnung wurde heimgesucht und den friedlichen Insassen unter Todesdrohung erklärt, er müsse in 24 Stunden den Ort verlassen. Alle polnischen Führer würden unschädlich gemacht werden.

Duisburg—Laar. Auch hier dürfen sich seit der Heimkehr der Heimattreuen die Polen nicht mehr auf der Straße zeigen. Am Dienstag, den 29. März, wurde die Frau eines Polen, die mit einem Säugling auf dem Arm zum Arzte ging, von einigen deutschen Bürgern auf der Straße angehalten und beschimpft, weil sie noch die ländliche polnische Kleidung trägt. Als die Betreffende ruhig ihres Weges weiter gehen wollte und nicht auf die Beschimpfungen achtete, fielen die Rohlinge über sie her. Ihr Mann eilte ihr zu Hilfe und wurde sofort niedergeschlagen. Als er später die Sache der Polizei meldete, antwortete ihm der betreffende Polizeibeamte, er habe kein Recht, sich zu beschweren, er sei Pole und in einer polnischen Vereinigung.

So sieht die Gleichberechtigung der polnischen Bevölkerung in Deutschland aus. Viele polnische Oberschlesier schmachten unter dieser Fremdherrschaft.

Merkwürdige Methoden!

In den letzten Tagen vor der Volksabstimmung suchte man deutscherseits in dem polnischen Teile Oberschlesiens zu retten, was noch zu retten war. Da man nicht daran denken konnte, die Leute mit ehrlichen Mitteln zu gewinnen, griff man zu gemeinen Betrügereien. Die unehrliche Art des politischen Kampfes seitens der deutschen Abstimmungsorganisation muß für alle Zeiten festgenagelt werden.

Schon einige Wochen vor der Abstimmung erzählte man sich, daß die Deutschen mehrere polnische Zeitungen fälschen und zu Tausenden in den letzten Tagen vor der Abstimmung verbreiten würden, um Verwirrung in die polnischen Reihen zu tragen. Damals glaubten ehrliche Leute nicht an diese Befürchtungen. Man hielt selbst die deutsche Propaganda für so niedriger Mittel nicht fähig. Allerdings war schon früher im Abstimmungskampfe deutscherseits die Fälscherkunst in hohen Ehren — man denke nur an die gefälschten polnischen Aufstandsdokumente, deren polnische „Originale" von Fehlern strotzten — aber für europäische Verhältnisse war ein so grobes Mittel, wie die massenhafte Zeitungsfälschung denn doch zu unverhofft.

Und doch brachte die skruppellose deutsche Propaganda es fertig, diese gemeine Betrugsaktion durchzuführen. Zu Tausenden wurden die gefälschten Zeitungen besonders der „Katolik" über die Industrie — und besonders die Landkreise verbreitet. Die Fälschung des Titels und der Druckanordnung ist sehr geschickt und kann einfache Leute natürlich sehr verwirren. Der Inhalt der Zeitung setzt sich aus wüsten Beschimpfungen der polnischen Sache zusammen, die dann schließlich in dem Schluß gipfeln, jeder Oberschlesier müsse für Deutschland stimmen. Die Niederträchtigkeit geht soweit, daß in dem Leitartikel bedauert wird, daß der Katholik sich habe solange von der polnischen Sache irreführen lassen, und daß nun an eines anderen belehrt worden sei. Mit solchen Manövern glaubt der deutsche Plebiszitkommissar Dr. Urbanek, dessen Unterschrift unter einem Aufruf unterschrieben steht, der ebenfalls in der gefälschten Zeitung veröffentlicht ist, die deutsche Sache in Oberschlesien zum Siege zu führen.

Natürlich haben sich viele einfache Leute durch diese unerhörten Schwindelmanöver des deutschen Plebiszitkommissariats betören lassen. Ehe die polnische Warnung vor diesen gefälschten Zeitungen in alle Orte dringen konnte, hatte man mit Hülfe der Post, die die echten Zeitungen zurückbehielt und dafür die falschen unterschob, eine beträchtliche Verwirrung angerichtet.

Gefälscht wurden auch andere Dinge. Es wurden Druckschriften und Aufrufe mit den Unterschriften polnischer Organisationen und polnischer Führer verbreitet, die das Volk zur Stimmabgabe für Deutschland aufforderten. Es wurde darin von dem Irrtum gesprochen, in dem sich bisher die polnischgesinnten Oberschlesier befunden hätten. Nur die deutsche Sache sei die richtige. Mit Hilfe dieser Aufrufe und mit Hilfe der gefälschten Unterschriften polnischer Führer und Organisationen konnte gewiß mancher deutsche Erfolg gebucht werden. Andererseits ist es ganz natürlich, daß bei Anwendung solcher Mittel die deutsche Abstimmungsarbeit auch entsprechend bei der Einschätzung des Ergebnisses in Abstrich gebracht wird.

Auch polnische Briefmarken wurden gefälscht und mit deutschen Propagandaüberdrucken versehen. Die Post scheint dabei mit im Spiele gewesen zu sein.

Diese blühende deutsche Fälscherkunst, die auf allen Gebieten des deutschen Abstimmungskampfes so ausgiebig zu Hilfe gezogen wurde, hat allerdings Tradition. Die preußische Geschichte ist eigentlich eine Geschichte der Fälschungen und Raubzüge. Schon Friedrich der Große scheute sich nicht, polnische Goldmünzen im Großen zu fälschen und auf diese unlautere Weise Geld zu verdienen. Die deutschen Propagandaleiter in Oberschlesien haben von den deutschen Nationalheros viel gelernt. Sie haben auch in Oberschlesien den echt deutschen Grundsatz „der Zweck heiligt die Mittel" in Anwendung gebracht.

Einige Tage vor der Abstimmung wurde der Friede in Riga geschlossen, was bekanntlich eine Panik in den deutschen Redaktionsstuben verursachte. Trotzdem an der glatten Tatsache nicht zu zweifeln war, und die Veröffentlichung aus amtlicher Quelle erfolgte, wagten es dennoch die deutschen Presseschmierer die Meldung als „frech erlogen" zu bezeichnen. In Zabrze und Zaborze wurden z. B. Extrablätter herausgegeben, in denen mit Riesenlettern der Friede in Riga widerrufen wurde. Das geschah alles aus heller Angst darüber, die polnische Sache könnte durch den Ostfrieden Anhänger gewinnen. Dem galt es, entgegen zu arbeiten: zu lügen bis die Balken bogen.

Ein weiteres deutsches Abstimmungsprodukt ist die Veröffentlichung des Ergebnisses der Vorabstimmung. Eine Reihe deutscher Zeitungen brachte mit fettem Druck die Meldung — und zwar noch vor der eigentlichen Abstimmung —, in der Abstimmung am 12. und 13. habe die deutsche Sache einen gewaltigen Sieg davongetragen. In Kattowitz seien z. B. 6 000 Stimmen für Deutschland und nur paar hundert für Polen abgegeben worden. Diese freche Lüge mußte natürlich auf einfache Leute einen großen Eindruck machen. In Wirklichkeit konnte kein Mensch wissen, wie die Abstimmung der Beamten ausgefallen war, denn diese Abstimmung war geheim und die geschlossenen Umschläge mit den Stimmkarten wurden erst am 20. geöffnet. Das hinderte die perfide deutsche Abstimmungspresse natürlich nicht daran, eine Sensationslüge zu fabrizieren und auszuschlachten. Auch dieser schmierige Fall muß bei der Würdigung der deutschen Abstimmungsarbeit herangezogen werden.

Schließlich sei noch der fabelhaften Geldsummen gedacht, die die deutsche Propaganda vor der Abstimmung herausgeworfen hat. Tausende von Mark wurden für eine Stimme oder für die Zusage für Deutschland zu stimmen, gezahlt. An die Witwen und Waisen wurden größere Geldsummen verschenkt, Speisungen fanden statt und anderes der Art.

Alle diese echt deutschen Methoden konnten zwar den unerschütterlichen Willen gerade des besten Teiles des oberschlesischen Volkes, des schaffenden Arbeitervolkes nicht beugen, aber sie haben doch destruktive Arbeit geleistet. Zumal einfache Leute mußten ob der beängstigenden Dreistigkeit der deutschen Lüge vielfach den Kopf verlieren. Deshalb ist es ein Gebot der Sittlichkeit und ein Gebot der Gerechtigkeit, daß der gemeine Betrug, der deutscherseits als Propagandamittel so ausgiebig benutzt wurde, entsprechend eingeschätzt würde. Ebenso wenig würde man vor Gericht eine Partei freisprechen, die mit Hülfe von Meineid die Stellung des anderen erschüttern wollte. Wenn man die Augen für diese deutschen Methoden des Abstimmungskampfes verschließen wollte, so würde das eine Sanktionierung der preußischen Polenpolitik sein und zugleich eine Ermutigung für das weitere unzweifelhaft verbrecherische Treiben des Preußentums.

Das neue Genossenschaftsgesetz in Polen.

Der Handelsredakteur Dr. jur. Roman Pretzel, Berlin, schreibt in der Nr. 152 der „Voss. Ztg." darüber u. a. folgendes:

Das am 20. Oktober 1920 im polnischen Landtag angenommene und im „Dziennik Ustaw" Nr. 111 verlautbarte Genossenschaftsgesetz ist am 1. Januar 1921 in Kraft getreten.

Dies bedeutet einen großen Schritt vorwärts in der Entwicklung und Regelung eines der wichtigsten Gebiete des sozialwirtschaftlichen Lebens, wie auch der einheitlichen Gesetzgebung in Polen, da bis zum Inkrafttreten dieses neuen Gesetzes in den drei Teilgebieten Polens verschiedene Gesetze in Geltung waren, und zwar in Kleinpolen (Galizien) das österreichische Gesetz vom 9. April 1873 und vom 10. Juni 1903, in Großpolen (Posen) das deutsche Gesetz vom 1. Mai 1889 und in Kongreßpolen das russische Kreditgesetz. Alle diese Gesetze sind durch das neue Gesetz aufgehoben worden. Das deutsche Gesetz vom 1. Mai 1889 ist im großen Teile als Unterlage bei der Verfassung des neuen Genossenschaftsgesetzes verwendet worden.

Ich will nun erst das neue Gesetz im wesentlichen wiedergeben und dann die Neuerungen, die das Gesetz enthält, hervorheben:

Als Genossenschaft gilt im Sinne des Gesetzes eine Vereinigung von Personen von nicht geschlossener Zahl, mit wechselndem Kapital und Personenstand zum Zwecke der Förderung des Erwerbes oder Wirtschaft durch gemeinschaftlichen Betrieb eines Unternehmens, evtl. auch zur Förderung des Kulturniveaus ihrer Mitglieder. Die Genossenschaft, als juristische Person, kann Rechte übernehmen, in Verbindlichkeiten eingehen, belangen und belangt werden. Die Firma der Genossenschaft wird nach dem Gegenstande des Unternehmens, keinesfalls aber nach den Namen der Mitglieder bezeichnet. Mitglied der Genossenschaft kann jede physische wie auch juristische Person werden. Bei physischen Mitgliedern muß die Zahl mindestens 10, bei juristischen mindestens 3 betragen. Die Mitglieder der Genossenschaft haften für deren Verpflichtungen nur in der Höhe der deklarierten Einlagen, außerdem können die Statuten noch eine Zusatzhaftung bestimmen, und zwar eine unbeschränkte (mit dem ganzen Vermögen) oder eine beschränkte. Ein neu eintretendes Mitglied haftet auch für Verpflichtungen, die die Genossenschaft noch vor seinem Beitritt übernommen hat.

Laut Art. 19 können als selbständige Mitglieder mit beschränkter Haftung auch diejenigen Personen aufgenommen werden, die bereits das 18. Lebensjahr vollendet haben; Mitglied einer Genossenschaft mit unbeschränkter Haftung kann nur ein Volljähriger sein. Jedes Mitglied kann bei Einhaltung einer mindestens dreimonatlichen Frist, vor Ablauf des Abrechnungsjahres, von der Genossenschaft ausscheiden. Wenn die Exekution eines Privatgläubigers an dem Privatvermögen des Mitgliedes erfolglos war, so können dessen Anteile einer Exekution zugunsten des Privatgläubigers unterzogen werden, jedoch mit dieser Beschränkung, daß die dem Genossenschaftsmitgliede aus seinen eigenen Anteilen zufallende Forderung bis zum Betrage von 500 M nicht berührt werden darf. Demzufolge kann der Privatgläubiger eines Genossenschaftsmitgliedes zur Realisierung seiner Forderung nicht so weit gegen Schuldner schreiten, daß derselbe seinen Anteil verlieren soll. Die Anteile eines Mitgliedes sind unübertragbar und können nicht lombardiert werden; wenn aber ein Mitglied aus der Genossenschaft ausgetreten ist, so kann eine Veräußerung oder Lombardierung seiner Forderung stattfinden.

Die Organe der Genossenschaft sind: 1. der Vorstand, 2. der Aufsichtsrat, 3. die Generalversammlung. Der Vorstand vertritt die Genossenschaft gerichtlich und außergerichtlich. Die Vorstandsmitglieder müssen auch Genossenschaftsmitglieder sein. Der Vorstand kann Verträge jeder Art auch mit Nichtmitgliedern schließen. Der Vorstand darf für die Genossenschaft keine Prokura bestellen. Der Aufsichtsrat besteht aus 3 von der Generalversammlung zu wählenden Mitgliedern. Die Mitglieder des Vorstandes und des Aufsichtsrates dürfen miteinander weder verehelicht noch verwandt sein. Eine Kumulation der Pflichten eines Vorstandsmitgliedes und der eines Aufsichtsrates ist unzulässig. Die Generalversammlung entscheidet über die Gewinnanteile, über die Höhe der Dividenden der eingezahlten Anteile; es müssen mindestens 10 pCt. des Jahresertrages dem Reservefonds zur Deckung der Bilanzierung überwiesen werden. In der Generalversammlung hat jedes Mitglied, ohne Rücksicht auf die Zahl seiner Anteile nur eine Stimme. Im Sinne des Art. 51 kann die Generalversammlung durch einen Delegiertenausschuß vertreten werden, jedoch nur dann, wenn die Genossenschaft mehr als 500 Mitglieder zählt. Die Einrichtungen der Genossenschaft müssen wenigstens einmal in zwei Jahren durch einen der Genossenschaft nicht angehörenden Revisor geprüft werden.

Laut Art. 107 wird zwecks gemeinschaftlicher Arbeit mit den Regierungsstellen ein amtlicher Genossenschaftsrat beim Finanzministerium gebildet. Der Genossenschaftsrat besteht zu 1/3 aus Vertretern des Staates, zu 2/3 aus Vertretern der Genossenschaften. Die Kompetenz dieses Genossenschaftsrates erstreckt sich auf Regelung der Genossenschaftsgesetzgebung, wie auch auf An- und Aberkennung des Revisionsrechtes. Der Genossenschaftsrat kann nach Bedarf eine öftere Revision wie jede zwei Jahre anordnen. In den Händen des Genossenschaftsrates liegen überhaupt alle auf die Genossenschaftsbewegung bezüglichen Angelegenheiten.

Das sind die wichtigsten Bestimmungen dieses neuen Gesetzes, wodurch die rechtliche Stellung der Genossenschaften wesentlich geändert worden ist. Eine prinzipielle Neuerung bringt dieses Gesetz betreffs Ziel und Zweck der Genossenschaften, denn laut Art. 1 können die Genossenschaften neben ihren reinen wirtschaftlichen Aufgaben auch die Hebung des Kulturniveaus ihrer Mitglieder bezwecken.

Eine grundsätzliche Aenderung enthält der Art. 45, wonach jedes Mitglied, ohne Rücksicht auf die Anzahl seiner Anteile, nur *eine* Stimme in der Generalversammlung besitzt. Eine weitere Neuerung ist der Delegiertenausschuß der Genossenschaftsmitglieder bei einem mehr als 500 Personen zählenden Stande. Von einer grundsätzlichen Bedeutung ist die Bestimmung, wonach Personen, die bereits das 18. Lebensjahr beendigt haben, als Mitglieder mit beschränkter Haftung aufgenommen werden können.

Das neue Genossenschaftsgesetz ist ein großer Schritt vorwärts und bedeutet eine Entwicklung des engeren Zusammenhanges der Regierungsstellen mit der Genossenschaftsbewegung, was nur zum Gedeihen der sozialen Wirtschaft beitragen kann.

Die Festsetzung der polnisch-deutschen Grenze in Oberschlesien.

Paris, 6. April. Der „Temps" teilt mit, daß die Interalliierte Kommission sofort nach Zusammenstellung der Endergebnisse der Abstimmung, was in wenigen Tagen der Fall sein dürfte, an die Festsetzung der künftigen polnisch-deutschen Grenzlinie in Oberschlesien herantreten wird; dabei würde sowohl das Ergebnis der gemeindeweisen Abstimmung als aus die geographische und wirtschaftliche Lage im Sinne der Bestimmungen des Friedensvertrages in Betracht gezogen werden. Die verbündeten Regierungen werden daraufhin diesen Entwurf prüfen und nach Anhörung der Vertreter Polens und Deutschlands die endgültige Grenze festsetzen.

Die deutschen Plünderungen in Polen.

Warschau, 6. April. Die polnische Reparationskommission stellt fest, daß während der deutschen Okkupation 8000 Maschinen aus Polen ausgeführt worden sind. Außerdem sind gegen 400 000 Pferde während dieser Zeit aus Polen ausgeführt worden.

Das isolierte Deutschland.

Deutschlands Hoffnungen auf Amerika sind endgültig dahin. Den bisherigen diplomatischen Niederlagen reiht sich eine neue hinzu. Deutschland wurde von Amerika in entschieden energischer Form zu verstehen gegeben, daß es von ihm **keine Hilfe** zu erwarten habe. Was ist geschehen? Die deutsche Regierung wollte durch Vermittelung der Vereinigten Staaten die Verhandlungen mit den Alliierten, die in London nach Dr. Simons ungeschicktem Auftreten so plötzlich abgebrochen worden waren, wieder aufnehmen. Nach einer wichtigen Sitzung, während der die deutsche **Denkschrift** geprüft wurde, hat die amerikanische Regierung der Presse folgende Mitteilung zugehen lassen:

„Die Vereinigten Staaten sind der Ansicht, daß Deutschland seine moralische Verantwortung und seine Kriegsschuld anerkennen soll, und daß Deutschland bis zur Grenze seiner Leistungsfähigkeit zahlen soll. Es ist lächerlich und absurd zu erzählen, daß wir, nachdem wir Seite an Seite mit den Alliierten während des Krieges gekämpft haben, nunmehr Deutschland unterstützen werden, in seinem Bestreben, sich seinen moralischen Verpflichtungen zu entziehen."

Das bedeutet eine glatte Absage an Deutschland, das durch diplomatische Ränke darauf ausging, einen Keil zwischen die Alliierten und Amerika zu treiben. Die Hoffnung auf eine amerikanische Intervention für Deutschland ist im Sande verlaufen. Der entschiedene Standpunkt Amerikas läßt den Schluß zu, daß man dort mit allen Mitteln darauf bestehen werde, die Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland im Verein mit den Alliierten restlos durchzuführen. Und gerade davor bangt es den deutschen maßgebenden Kreisen, weshalb sie in den kompakten festen Ring, der sich um Deutschland schließt, eine Bresche zu schlagen versuchten. Es war ein geschickter Schachzug Frankreichs, einer seiner ersten Staatsmänner nach Amerika zu senden, um sich über die Haltung Amerikas in den wichtigsten europäischen Fragen zu informieren. Die herzliche Aufnahme Vivianis hat bewirkt, daß die amerikanische Psyche aus ihrer Reserve heraustrat. Präsident Harding selbst gab Viviani die Erklärung, daß von amerikanischer Seite **niemals** etwas unternommen wird, was den Interessen und Geschicken Frankreichs schaden würde. Hinter dem Präsidenten steht aber die ganze amerikanische Presse und das republikanische Volk. Frankreich hat damit einen **glänzenden diplomatischen Sieg** errungen. Amerika und seine Staatsmänner identifizieren sich vollständig mit den Alliierten, mit denen sie im Kriege Schulter an Schulter gekämpft haben. In der amerikanischen Note an Deutschland wird klipp und klar erklärt, daß Deutschland die **Verantwortung** für den Krieg übernehmen und Reparationen bis zur vollen Grenze seiner Leistungsfähigkeit machen müsse. Die Vereinigten Staaten sind der Ansicht, daß die an Deutschland gestellten Forderungen gerecht seien. Damit ist der Standpunkt der amerikanischen Regierung gegenüber Deutschland klar gekennzeichnet.

Gerade dieser Standpunkt beweist, daß Amerika zu den Alliierten vollkommenes Vertrauen habe und es sich mit allen ihren Maßnahmen gegen Deutschland einverstanden erklärt. In Berlin dürfte jetzt eine Katzenjammerstimmung herrschen, die man begreiflich findet. Man darf nicht vergessen, daß Wilsons berühmte 14 Punkte seinerzeit in Deutschland eine „Entrüstung" hervorgerufen haben, nachdem Deutschland gezwungen war, durch seine Niederlage diese Punkte anzunehmen. Der Pressefeldzug gegen Amerika ist eine wüste Hetze gegen dieses ausgeartet. So wie im Kriege das mächtige Amerika durch den U-Bootkrieg bezwungen werden sollte, was man mit hochtönenden Phrasen verkündete, so glaubte man deutscherseits sich nach dem Friedensschluß über Amerika hinwegsetzen zu können.

Es ist bekannt, daß in Deutschland der Revanchegedanke gegen Frankreich immer noch vorhanden ist; und man deshalb den Weg nach London suchte. Aber schon in Spaa hat England den deutschen Staatsmännern deutlich zu verstehen gegeben, daß die Alliierten eine **Einheit** bilden, und jedwede Unterminierungsaktionen von deutscher Seite keinen Erfolg haben. Auch die letzte Konferenz in London hatte deutlich bewiesen, daß die Alliierten keineswegs geneigt sind, Deutschland von den Kriegsschulden freizusprechen. Die Folge davon sind die Zwangsmaßnahmen, die jetzt ganz energisch gegen Deutschland durchgeführt werden. Nun versuchte Deutschland sich an Amerika zu wenden, das bis dahin als bestimmender Faktor sich abseits gehalten hat. Die deutsche Presse erging sich seit Monaten in den vollständig falschen Voraussetzungen, daß Amerika sich von Europa und somit von den Alliierten isoliert habe. Das nächste also war, sich an Amerika zu wenden und es um Vermittelung zu ersuchen. Dieser deutsche Schritt hat nunmehr mit einem Fiasko geendet.

Amerika hat außerdem seine Treue zu den Alliierten damit bekundet, daß es ihnen die **Zahlung der Schulden und Schuldenzinsen** auf ein Jahr stundet. Die deutsche Aktion hat also das bewirkt, was niemand erwartet hätte. Zweifellos wird dieser Schritt Amerikas zur Gesundung der finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnisse Europas beitragen. Ausgenommen Deutschland, welches sich durch hartnäckige Weigerung, die Kriegsschulden anzuerkennen, von aller Welt isoliert hat. Es ist damit auf dem europäischen Kontinent eine neue Phalanx gegen Deutschland geschaffen, deren Macht sich Deutschland beugen muß.

Zuspitzung der englischen Industriekrisis.

London, 6. April. Die Lage im englischen Grubenarbeiterstreik ist außerordentlich ernst und kritisch. Man ist der Ansicht, daß die Tripelallianz am Mittwoch den Generalstreik auslösen wird. Thomas, der bekannte Arbeiterführer, erklärte bei seiner Rückkehr nach London verschiedenen Vertretern der Presse, er halte die Lage für äußerst ernst.

London, 6. April. Reuter. Die Berichte aus allen Landesteilen weisen darauf hin, daß die Eisenbahner bereit sind, sich dem allgemeinen Bergarbeiterstreik anzuschließen und es scheint kein Zweifel mehr zu bestehen, daß die Zusammenkunft der Abgeordneten der Eisenbahner am Mittwoch erklären wird, daß sie die Bergarbeiter unterstützen will. Inzwischen ist der Zustand in den Bergwerksgebieten schlimmer geworden. Die Streikenden zwingen in einigeDistrikten, besonders in Schottland, die Freiwilligen, die Arbeit niederzulegen, was zur Folge hat, daß die Schächte ersaufen und ihre Vernichtung unvermeidlich ist. In einem der Bergwerke in Wales wütete in einem Schacht ein ausgedehnter Brand. In Rhodda in Wales haben die Bergarbeiter beschlossen, daß jeder Mann die Arbeit niederlegen soll. Den Bergwerksbesitzern wurden 20 Stunden Zeit gegeben, um die Pferde nach oben zu bringen.

London, 6. April. Wie die Blätter melden, ist bisher eine Besserung der Streiklage nicht eingetreten. Infolge des Kohlenmangels mußten bereits viele Werke schließen; die Zahl der Arbeitslosen wächst. — „Daily Herald" behauptet, Militär und Marine seien bereits in Bewegung gesetzt, um drastisch gegen jede Art von Unruhen vorzugehen.

Maßnahmen der englischen Regierung.

London, 6. April. In Verbindung mit dem Bergarbeiterstreik werden eine Reihe drastischer Maßnahmen von äußerster Tragweite amtlich veröffentlicht. Die Regierungsmacht gilt über das Land, die Kohle, Bergwerke, Pferde, Fahrzeuge, Elektrische Bahnen, Kleinbahnen, Kanäle, Nahrungsmittel und Futtermittel, ferner die Transporte auf den Straßen zu regeln, den Transport irgend welcher Güter zu beschränken oder gänzlich zu verbieten, den Verkehr in den Häfen zu regeln, die Verzollung der Schiffe zu vermeiden, das Ausladen irgendwelcher Güter zu verbieten, die Verteilung, den Preis und den Verbrauch von Gas, Wasser, Elektrizität und Petroleum zu regeln, in allen Teilen Englands den Kauf und Verkauf und Besitz von Schußwaffen zu verbieten, die Veranstaltung von Versammlungen umzulegen und zu untersagen und die Angehörigen der Wehrmacht zu jedem lebenswichtigen Dienste zu verwenden. Die Maßnahmen geben weiter der Polizei das Recht, ohne richterliche Vollmacht Durchsuchungen und Verhaftungen vorzunehmen. Uebertretungen dieser Verordnungen werden mit Zwangsarbeit bis zu drei Monaten oder Geldstrafe bis 100 Pfund Sterling bestraft.

Lloyd George im Unterhause.

London, 6. April. Reuter. Wegen der ernsten Lage in der Industrie waren in der ersten Sitzung nach den Osterfeiertagen im Unterhause außergewöhnlich viel Abgeordnete anwesend. Lloyd George verlas die formelle königliche Botschaft über die Einführung des Bewaffnungszustandes. Diese Botschaft soll besprochen werden und mit Bezug darauf eine allgemeine Besprechung des Zustandes stattfinden. Die Haltung der Mitglieder der Arbeiterpartei wurde mit wütenden Ausrufen gegeißelt.

Neuwahlen.

London, 6. April. Der Parlamentsberichterstatter der „Times" bestätigt, daß die Ansicht aufkommt, im Falle eines Streiks des Arbeiterbundes werde Lloyd George mit Neuwahlen antworten.

Ein Keulenschlag für die Hoffnungen Deutschlands.

Paris, 6. April. Das „Journal" nennt die amerikanische Erklärung auf das deutsche Memorandum einen Keulenschlag für die Hoffnungen Deutschlands und die „deutsche Propaganda" in den Vereinigten Staaten. Der „Temps" schreibt mit Bezug auf das Gespräch zwischen Dr. Simons und dem amerikanischen Geschäftsträger Dressel: „Es ist bedauerlich, daß die Leiter Deutschlands außergewöhnliche Wege suchen. Warum nicht offen sagen, was man vorhat, wenn man an das amerikanische Schiedsurteil appellieren will? Entweder sucht man wirklich eine gerechte Entscheidung, dann muß man auch den Mut einer Meinung haben, oder man denkt an ein Manöver, und das bleibt nicht verborgen, auch wenn man nach Lugano reist."

*

Unter der Ueberschrift: „Deutschlands Isolierung" schreibt Georg Bernhard in Nr. 154 der „Voss. Ztg." u. a. folgendes:

Ebenso wie ein Mensch mit innerlich siechem Körper nicht davon träumen kann, weltumstürzende Taten zu vollbringen, so sollten auch die deutschen Heißsporne der extremen Parteien endlich die Idee aufgeben, sie könnten irgendwelche äußere Macht von einem Deutschland aus entfalten, dessen Wirtschaft schadhaft und dessen Finanzen zerrüttet sind. Daß der Friedensvertrag ein politisches Instrument ist und daß nur Politik auf die Dauer die Wunden heilen kann, die das Unterlassen jeder Politik vom Kriegsende bis jetzt dem deutschen Volkskörper geschlagen hat.

Um Deutschland herum besteht eine weitverzweigte Verständigung der Völker. Die kleine Entente umfaßt außer der Tschechoslowakei und Südslawien insbesondere Rumänien. Durch den Vertrag von Rapallo und die neuerlichen Abkommen, die Minister Benesch in Rom getroffen hat, ist Italien in enge Verbindungen zur kleinen Entente getreten. Und wenn man nicht schon gewußt hätte, daß das italienisch-südslavische Bündnis nach vorheriger Verständigung mit Frankreich erfolgt war, so würde die Welt durch die energische Haltung der französischen Regierung gegenüber dem ungarischen Abenteuer über die intimen Beziehungen aufgeklärt worden sein, in denen auch Frankreich zur kleinen Entente steht. Den Mittelpunkt aller Abmachungen zwischen diesen Staaten bilden die Friedensverträge, Saint-Germain und Trianon. Jede Aenderung dieser Verträge berührt mithin die Lebensinteressen dieser Staaten. Aber jede Politik, die Erreichbares erstrebt, muß sich vor Augen halten, daß ohne Einwilligung dieser Staaten Abänderungen und Auslegungen der Verträge nicht zu erreichen sind.

Deutschland steht augenblicklich, darüber darf es sich gar nicht täuschen, außerhalb der bereits in ihrer Bildung fortgeschrittenen europäischen Arbeitsgemeinschaft. Es läuft in seiner Isolierung allmählich Gefahr, gegen Europa zu stehen.

Der Rheinzoll vom 20. April ab.

Paris, 6. April. Der „Temps" meldet: Die Botschafterkonferenz hat auf Vorschlag der eingesetzten Kommission für die Festsetzung der Zollinie am Rhein angeordnet, daß die beschlossenen Zollsätze vom 20. April an zu erheben sind.

London, 6. April. Im Unterhause wurde seitens der Regierung erklärt, für den Augenblick seien die Ausfuhrabgaben, die im besetzten Gebiet erhoben werden sollen, dieselben wie für das übrige Deutschland. Die Frage der Zollabgaben werde gemeinsam mit den alliierten Mächten geregelt. Auf eine Anfrage, ob die alliierten Mächte eine vom englischen Unterhause angenommene, der deutschen Reparationsbill ähnliche Gesetzgebung eingebracht hätten, erwiderte Lloyd George, die belgische Regierung tue Schritte, um eine solche Gesetzgebung vorzubereiten. Die italienische, portugiesische, griechische und siamesische Regierung hätten die Absicht ausgedrückt, ähnliche Gesetze einzuführen. Lloyd George erklärte auf Befragen, trotz Annahme der deutschen Reparationsbill habe die Regierung nach wie vor die Absicht, mit der Antidumpingbill fortzufahren.

3652 Gefangene.

Berlin, 6. April. Nach den an amtlicher Stelle eingelaufenen Meldungen sind bei der Säuberungsaktion im kommunistischen Aufstandsgebiet bis jetzt im ganzen 3652 Aufrührer als Gefangene eingebracht worden. Die meisten davon sind in den Leunawerken untergebracht.

5000 Streikende im Berliner Tiefbaugewerbe. Im Tiefbaugewerbe wurde mit großer Majorität beschlossen, die Arbeit niederzulegen. Soweit sich bisher übersehen läßt, ist diese Parole fast überall befolgt worden. Neben den eigentlichen Tiefbauarbeitern streiken auch die Maschinisten, Schlosser und Heizer des Tiefbaugewerbes. Die Zahl der Streikenden schwankt zwischen 4000 und 5000. Von dieser Arbeitsniederlegung wird neben zahlreichen anderen Betrieben auch die Baugrube der Nordsüdbahn am Landwehrkanal betroffen, doch werden die Notstandsarbeiten verrichtet.

Berlin, 6. April. Die Zeche Hammerstein in Westfalen wird, wie gemeldet wird, wegen der Unrentabilität still gelegt werden. Der gesamten Arbeiterschaft wurde gekündigt.

Streikausschreitungen in Frankfurt a. M. Streikende Transportarbeiter wollten gestern nachmittag Boten gewaltsam bei der Auflieferung von Paketen in der Hauptpost auf der Zeil verhindern. Sie nahmen verschiedenen Leuten die Pakete weg und warfen sie auf die Straße. Die Postverwaltung ließ sofort die Eingänge in das Postamt absperren. Alsbald erschien ein größeres Aufgebot der Schutzpolizei, das die Demonstranten zurückdrängte. Zu weiteren Ausschreitungen ist es nicht gekommen.

Die Auslandspresse über das Abstimmungsergebnis.

Das amtliche tschechische Organ „Czesko Slowanska Republika" unterstreicht in einem Leitartikel die Bedeutung der oberschlesischen Volksabstimmung für die Tschecho-Slowakei. Im Sinne der Worte, die auf dem allgemeinen Slavenkongreß Kramarz ausgesprochen hat, handle es sich darum, daß kein einziger Slave verloren gehe. Im Parlament teilte Minister Benesch vollkommen diese Ansicht, indem er sagte, „daß das, was slavisch ist, slavisch bleiben müsse". Weiterhin beschäftigt sich die Zeitung mit dem Abstimmungsergebnis und schreibt u. a.:

„400 000 aufgeklärte Polen rufen den Obersten Rat um Tilgung des Verbrechens jahrhundertelanger Knechtung an: und dieser Ruf muß in Paris, London und Rom gehört werden."

Das sozialdemokratische „Prawo Lidu" schreibt:

„Auf Grund der beendeten Abstimmung muß Polen die Oderlinie zuerkannt werden; dadurch wird die wirtschaftliche Lage Deutschlands sich keineswegs so schlecht gestalten, daß sie ihm die Auszahlung der Kriegsentschädigung unmöglich machen sollte."

„Czeskie Slowo", das Organ der nationalen Sozialisten, erklärt, daß die Teilung Oberschlesiens eine Lebensfrage der Tschecho-Slowakei ist:

„Die Sympathien der Tschechen für die polnischen Forderungen haben ihren Ursprung nicht nur in allgemein slavischen Interessen, sondern in der Erkenntnis der Gefahr, welche von seiten eines deutschen Oberschlesien dem Ostrauer Industriezentrum und der Eisenbahnlinie, welche Prag mit der Slowakei verbindet, drohen würde. Und diese Gefahr würde besonders groß sein, wenn man die industrielle und strategische Bedeutung dieses Landes sich vor Augen hält."

„Narodni Listy" erklären die deutschen Teilerfolge mit der langen Knechtung der oberschlesischen Polen und sagen im Anschluß daran:

„Nicht allein die Abstimmung darf über die Zugehörigkeit Oberschlesiens entscheiden. Alle Tschechen stehen ohne Unterschied der Partei auf dem Standpunkt, daß die Abstimmung gerade festgelegt hat, daß der Hauptteil Oberschlesiens polnisch ist dem Geiste und der Ueberzeugung nach, polnisch auch durch seine Geschichte, durch seine wirtschaftliche und geographische Lage."

Die deutsche Handelsflotte.

London, 6. April. Gestern ist hier eine Anzahl deutscher Vertreter eingetroffen, um über verschiedene Fragen, die in Verbindung stehen mit der Frage der Auslieferung der deutschen Handelsflotte mit alliierten Vertretern zu beraten. Man glaubt, daß bei diesen Verhandlungen endgültig festgesetzt werden wird, welche Schiffe Deutschland noch auszuliefern hat.

Deutsche Redakteure zu Gefängnisstrafen verurteilt.

Am 5. April hatten sich vor dem Interalliierten Sondergericht in Oppeln die Redakteure Geiger (Oppelner Zeitung), Dr. Kersting (Ostdeutsche Morgenpost), Wirth (Oberschlesischer Wanderer) und Proske (Oberschlesischer Anzeiger) zu verantworten. Geiger, Dr. Kersting und Wirth hatten am Tage vor der Abstimmung eine Meldung verbreitet, daß die Warschauer Börse geschlossen sei. Der vierte Angeklagte hatte die Notiz gebracht, daß die polnischen Banken in Oberschlesien keine Zahlungen in polnischer Valuta annehmen. Die Angeklagten Geiger und Dr. Kersting wurden zu 8 Tagen Gefängnis und 5000 Mark Geldstrafe verurteilt. Wirth erhielt eine Gefängnisstrafe von 15 Tagen und außerdem ebenfalls 5000 Mark Geldstrafe. Proske wurde zu 4 Tagen Gefängnis und 5000 Mark Geldstrafe verurteilt.

Italien und Oberschlesien.

Rom, 6. April. Nach den neuesten Meldungen verschiedener maßgebender Stellen verbindet die italienische Regierung die oberschlesische Frage keineswegs mit der Reparationsfrage und bekennt sich nicht zur Unteilbarkeitstheorie Oberschlesiens. Die italienische Regierung wird sowohl in dieser als auch in vielen anderen Fragen ihre bisherige pazifistische und gemäßigte Politik fortführen; sie hält es dabei für erforderlich, daß bei der Teilung Oberschlesiens diejenigen Kreise an Deutschland zurückfallen, die keine polnische Mehrheit erzielt haben.

× **Zwei Dörfer verschüttet.** Die gewaltigen Regengüsse, die während der Osterwoche in großen Teilen Italiens niedergingen, haben in der Nähe Neapels zu einem großen Landrutsch geführt, der die Dörfer Gorno und Prato zerstörte. Die Einwohner sind geflohen.

Es beginnt zu tagen.

Nachdem sich die deutsche Bevölkerung genug des angeblichen deutschen Sieges in Oberschlesien gefreut hatte, beginnt allmählich die deutsche Presse den verfrühten Siegesjubel zu dämpfen. Die Wahrheit über den „deutschen Sieg" bricht sich Bahn, ebenso wie nach den großen deutschen „Siegen" im Weltkriege, nach der Skagerrakschlacht und ähnlichen. Immer zahlreicher werden die Stimmen in der deutschen Presse, die warnend dem deutschen Volke zurufen: Haltet ein, mit eurem Siegesjubel! So z. B. schreibt der frühere Chefredakteur der Deutschen Tageszeitung Graf Reventlow in seiner Zeitung „Der Reichswart" Folgendes:

Es ist unbegreiflich, daß am Tage nach der Abstimmung Extrablätter und Depeschen vielfach im Deutschen Reiche angeschlagen wurden mit der Ueberschrift: Oberschlesien deutsch! und ähnlich. Dadurch sind wieder Illusionen hervorgerufen worden, und hat in der Oeffentlichkeit eine Verkennung der realen Verhältnisse stattgefunden, welche nur schädlich sein kann und vermutlich recht schädlich sein wird, auch jetzt schon in der Ententepresse zur Hetzpropaganda benutzt wird. Im Versailler Vertrage steht klar und deutlich, daß die Abstimmungszahlen nicht im ganzen gegeneinander abgewogen werden sollen, sondern gemeindeweise....

Die Zukunft der oberschlesischen Frage ist aus diesen Gründen also noch dunkel und voll von Gefahren. Darüber darf man sich nicht täuschen und muß auch darauf hinweisen, daß es so zum Teil groß und deutlich im Versailler Vertrage steht. Es wäre besser, wenn die Presse in Deutschland die Bevölkerung auf die tatsächliche Lage aufmerksam machte, als das sie durch frühzeitigen Jubel und unrichtige Darstellungen der Lage eitle Hoffnungen und Sorglosigkeit hervorruft.

Also Graf Reventlow schreibt, daß nach dem Versailler Vertrage „klar und deutlich die Abstimmungszahlen nicht im ganzen gegeneinander abgewogen werden sollen, sondern gemeindeweise".

Diese Ausführungen des Grafen Reventlow möchten sich besonders unsere oberschlesischen deutschen Hetzblätter à la Rundschau ins Stammbuch schreiben.

Letzte Drahtmeldungen.

Karls Königstraum zu Ende.

Der schöne Königstraum des Exkaisers Karl ist ausgeträumt. Wie heute aus Wien gemeldet wird hat der Exkaiser heute am 5. April 1/2 10 Uhr Steinamanger verlassen und sich nach der Schweiz begeben. In der Begleitung des Exkaisers fahren drei Ententeoffiziere als Vertreter Frankreichs, Englands und Italiens, eine Abteilung Ententemilitär, zwei Oberbeamte des Wiener Oberpolizeipräsidiums mit 6 Kriminalbeamten, acht Wachleute, acht Mann Reichswehr, ein Beamter des Ministeriums des Außeren und die sozialdemokratischen Abgeordneten Weser und Müller. In Begleitung des Kaisers befinden sich der Legationsrat Marschowski, der Legationssekretär Graf Castalko, Graf Hunyardy und der behandelnde Arzt, Professor Dr. Welchardt.

Der griechisch-türkische Krieg.

Konstantinopel. Nach einem türkischen militärischen Bericht aus Angora endete das zweite Gefecht wieder mit einer großen Niederlage der Griechen. Die Türken verfolgen die flüchtigen Griechen. Weiter wird gemeldet, daß die Griechen Afrion Karahisson geräumt haben und in ihre Ausgangsstellungen zurückgekehrt sind.

Der Bruder König Konstantins gefallen.

London. Evening News meldet aus dem türkischen Hauptquartier, daß der Bruder des Königs Konstantin, Prinz Andreas in Konstantinopel der Verwundung erlegen ist, die er bei Brussa erhalten hatte. General Wlahopoulos ist gleichfalls gefallen.

Gesperrte Ausfuhr aus Serbien.

Die serbische Regierung hat jede Ausfuhr nach allen Ländern, vor allem nach Ungarn verboten.

Anarchistisches Komplott gegen die spanische Königsfamilie.

Der Pariser „Matin" meldet aus Madrid: Die Polizei hat sehr umfangreiche Sicherheitsmaßnahmen in der Gegend des königlichen Palastes und in der unmittelbaren Umgebung des Königs getroffen, da man ein anarchistisches Komplott gegen die Königsfamilie entdeckt habe. Die Fäden dieses Komplottes ziehen sich bis Barcelona und Sevilla, wo in der letzten Woche mehr als 30 Verhaftungen von Anarchisten erfolgt sind.

Paris, 4. April. (WTB.) Nach einer Havas-Meldung aus Madrid ist es wahrscheinlich, daß der König von Italien demnächst Spanien besuchen wird.

Brand in einer Pulverfabrik.

Magdeburg, 5. April. WTB. Die „Magdeburgische Zeitung" meldet: In der Pulver- und Munitionsfabrik in Burg bei Magdeburg entstand am Montag ein großer Brand, der in den späten Abendstunden noch nicht gelöscht war. Durch den Brand sind zahlreiche Granaten explodiert. Bisher sind drei Tote festgestellt. In das städtische Krankenhaus wurden vier Schwerverletzte eingeliefert. Die Zahl der Toten und Verletzten wird noch weit höher geschätzt.

Die Kommunistenunruhen in Deutschland ein Bluff?

Nachdem nunmehr die blutigen Unruhen in Mitteldeutschland ihrem Ende zuneigen, und man einen Ueberblick über die Begleitumstande derselben jetzt gewonnen hat, muß man unwillkürlich auf die in der Ueberschrift gestellten Frage kommen. Aus den ganzen Verlauf der Kommunistenaktion geht eines deutlich hervor: Die gesamte Arbeiterschaft, auch die kommunistische in ganz Deutschland war von dem Putsch überrascht. Und die „Freiheit" schrieb: Die Arbeiter folgten nur widerwillig zu einem gewissen Bruchteil der Aufforderung zum Generalstreik, und die wenigen Werke, die in den Streik getreten waren, wollten die Arbeit wieder aufnehmen, als von Berlin die Weisung kam, den Kampf mit allen Mitteln fortzuführen und ihn zum bewaffneten Aufstand zu steigern". „Nun schüttelt aber die kommunistische Partei in Deutschland alle Verantwortung von sich ab und stellt alle die Gewaltakte wie die Plünderungen, die Dynamitattentate auf öffentliche Gebäude, und alle andere Verbrechen als „Spitzelmache" und Arbeit von „Provokateuren" hin. Und in der Tat, wenn man den Verlauf der Unruhen erwägt, so scheint diese Behauptung nicht unbegründet zu sein, denn die ganze „Aktion" ist derart verworren und unsinnig geführt worden, daß man den Eindruck hat: Um jeden Preis Unruhen hervorzurufen, ziellos, zwecklos, nur um Unruhen im Lande zu haben. Es wäre sonst irgend eine Leitung, wenn die Kommunisten die Unruhen planmäßig hätten hervorrufen wollen, wohl sicherlich in Erscheinung getreten. Es scheinen demnach tatsächlich Provokateure ihr Unwesen getrieben zu haben, die mit bewaffneten Banden ziellos Ortschaften und Städte besetzten und Arbeiter zum Aufstand zwangen. Die „Freiheit" selbst schreibt: „Es bleibt die Tatsache bestehen, daß in Mitteldeutschland der Aufstand künstlich ins Land getragen wurde. Wollten die Arbeiter schon in ihrer großen Mehrheit von einem Generalstreik nichts wissen, so waren sie in einem noch stärkeren Maße einem bewaffneten Kampf abgeneigt. Die ganze Bewegung fand bei den Massen des Proletariats absolut keinen Widerhall. Während die Arbeiter Mitteldeutschlands in den Tagen des Kapp-Putsches, ebenso wie die Arbeiter des Ruhrgebiets, begeistert in den Streik traten, während in jenen Märztagen die Arbeiter laut nach Waffen riefen, um die Kappisten zu verjagen, mußten die Arbeiter diesmal nicht nur gewaltsam in den Generalstreik getrieben, sondern auch gewaltsam zum Waffendienst gezwungen werden.

Wer hat nun gegenwärtig ein Interesse daran gehabt Unruhen im Lande zu haben? Man bedenke: der „Kommunistenaufstand" ist jetzt zu einer Zeit ausgebrochen, wo die Entwaffnung Deutschlands durch die Entente gefordert wird. Und da liegt auch der Schlüssel zur Lösung des blutigen Mitteldeutschlandrätsels. Die Kommunistenpartei Deutschlands schreibt jetzt selbst in einem Aufrufe wörtlich: „Die deutsche Regierung brauchte Beweismaterial, um bei der Entente die Orgeschwaffen zu retten." Das scheint es tatsächlich zu sein! Deutschland wollte anscheinend wieder einmal den Nachweis führen, daß eine weitere Entwaffnung unmöglich verlangt werden könne, da fortwährend das Gespenst der Kommunistenrevolution im Lande umhergehe. Daß aber die deutschen Arbeiter diesen Beweis mit ihrem Blute unterschreiben mußten, ist ein verabscheuungswürdiges Beginnen und illustriert am besten die Tatsache, daß Deutschland vor keinem Mittel zurückschreckt, welches das Umstoßen der Versailler Friedensbedingungen zum Zwecke hat.

Chronik.

Ratibor Stadt und Land.

Ratibor. Die „Schlesische Volkszeitung" führt in ihrer Nr. 169 vom 5. 4. eine Reihe von angeblich terroristischen Vorfällen aus dem hiesigen Kreise an. In der Hauptsache handelt es sich um Arbeiter aus der hiesigen Gegend, welche ihre Beschäftigung im oberschlesischen Industriegebiet einstellen mußten. Wir können darin beim besten Willen keinen Terror erblicken, wenn sich die in überwältigender Mehrheit befindlichen polnisch gesinnten Arbeiter der Stoßtruppler entledigen. Derartige Leute mimen im Rybniker Bezirk oder im engeren Industrierevier gute Polen und betätigen sich in hiesiger Gegend als Stoßtruppler schlimmster Art. Solcher Beispiele gelangten Dutzende zu unserer Kenntnis. Jeder vernünftige Mensch kann daraus ersehen, daß die allendeutschen Entrüstungsschreie nicht besonders ernst zu nehmen sind. Wer hat denn Oberschlesien mit den bezahlten Stoßtrupplerformationen beglückt? Wer verschafft ihnen die Waffen? Wer bezahlt sie nach wie vor?

Slawikau. Am letzten Sonntag haben wir beim Tanzvergnügen im Kozak'schen Lokale wieder Gelegenheit gehabt, die deutsche Kultur kennen zu lernen. Es wird auch gerade in diesem Falle den Heimattreuen schwer fallen, die Schuld von sich abzuwälzen, da sie bei dieser Gelegenheit alle unter sich waren.

Die Sache fing damit an, daß der deutsche Wachtmeister des hiesigen Sicherheitspostens einen jungen Mann mit gezogenem Revolver aus dem Saale herausführte, weil er polnischer Gesinnung verdächtig war. Infolge dieses provozierenden Verhaltens des nicht mehr ganz nüchternen Wachtmeisters bemächtigte sich der übrigen Teilnehmer eine begreifliche Erregung. Nach einigen Minuten kam es auch zu einer erregten Auseinandersetzung zwischen einigen hiesigen jungen Leuten und dem Wachtmeister, für den auch bezeichnenderweise die Stoßtruppler Anton Lepiorz und Adolf Habrom Partei ergriffen. Die Auseinandersetzung endete damit, daß der Wachtmeister und seine Stoßtruppler ihre Revolver zogen und eine wüste Schießerei anfingen. So endete das deutsche Tanzvergnügen und noch lange hielt die Schießerei im Dorf an.

Ein solches Ende einer deutschen Veranstaltung ist ja im Grunde genommen etwas Alltägliches. Daß es aber in unserem friedlichen Dorf so weit gekommen ist, haben wir nur unserem Baron und seinen Schreiern zu verdanken, die sich einen Hofstoßtrupp organisiert haben und unsere Landsleute für ihre Zwecke benutzen.

Doch allmählich zeigt sich der Segen ihrer Drachensaat. Die Räuber schießen sich schon gegenseitig tot und die Zeit ist vielleicht nicht mehr fern, wo sie die Waffe gegen ihre Geldgeber ziehen werden. Das walte Gott!

Lekartow. Unter der Protektion des Gemeindevorstehers Siwon entfalten die hiesigen Stoßtruppler einen unerträglichen Terror. Vorgestern legte man Herrn Kretek eine Bombe an das Anwesen, welche glücklicherweise keinen größeren Schaden angerichtet hat. Eine weitere Bombe legte man Herrn Wollnik an. Es handelte sich im letzten Fall um einen Versager, den am anderen Morgen Kinder auffanden. Wann werden die Herren Siwon, Moritz und Genossen endlich ihr lichtscheues Gewerbe einstellen?

Poln. Krawarn. Am Sonntag nach Ostern traten die hiesigen Kinder zum ersten Male an den Tisch des Herrn, zum Empfang der ersten heiligen Kommunion. Während in den vorausgegangenen Jahren an die Kinder sowie ihre Eltern eine polnische und deutsche Ansprache gehalten wurde, hielt es der Herr Pfarrer heuer für angebracht die Ansprache nur in deutscher Sprache allein zu halten. Vielleicht weil hier die Deutschen eine Stimmenmehrheit erreicht haben? Man hat uns doch aber unausbleiblich die Gleichberechtigung in der Kirche und Schule zugesichert, außerdem war die überwiegende Anzahl der Kinder in polnischer Sprache vorbereitet worden. Wenn der Herr Pfarrer etwa schon überzeugt sein sollte, daß wir Deutschland zugeteilt würden, so rufen wir ihm zu: „Noch ist die Entscheidung nicht gefallen!" Dem Herrn Pfarrer als gebürtigen Deutschen verübeln wir es durchaus nicht, daß er für die deutsche Sache Sympathien hegt. Schließlich mag es ja auch hingehen, daß er den paar Deutschen unsrer Gemeinde eine Ansprache hält, aber mit Rücksicht auf eine so kirchlich erzwichtige Feier, hätte er seine Nichtachtung des Polnischen nicht so offen zur Schau tragen dürfen. Eine größere Anzahl der hiesigen Parochianen, zumal die Eltern beherrschen die deutsche Sprache überhaupt nicht. Daß trotzdem hier eine Stimmenmehrheit für Deutschland zustande gekommen ist, so geschah es nur deshalb, daß denn irregeführten Leuten goldene Berge versprochen wurden, daß die vielen Emigranten mit intensiver Nachdruck die Meinung beeinflußten. Schließlich versand es unsere Gutsverwaltung meisterlich jeglicher Aufklärung von polnischer Seite vorzubeugen. Von denjenigen aber, welche ihre Nationalität ablegten wie ein schmutziges Wäschestück, sagte schon Bismark sehr treffend: „Wenn ich mit solchen Leuten etwas zu tun habe, so bekomme ich stets das Gefühl, als hätte ich schmutzige Hände und möchte sie immerfort waschen". Unseren Herrn Pfarrer bitten wir aber das Nationalgefül seiner Parochianen nicht zu verletzen, zumal die polnischen Pfarrkinder wirklich nicht die schlechtesten sind! Sollten wir bei Deutschland verbleiben, so werden wir uns der Fügung Gottes eben beugen müssen. Aber bis dahin bitten wir alle ehrlichen Deutschen und nicht zuletzt unseren Herrn Pfarrer um Schonung unseres Nationalgefühls.

Ein Landsmann.

Verantwortlicher Redakteur: H. Kowalski, Ratibor.